

An die
Bundestags- und Landtagsfraktionen
Sprecher*innen und
Vorsitzenden der Parteien CDU/CSU, FDP, Die GRÜNEN, Die LINKE, SPD

Berlin, 14. Januar 2021

Nachhaltige Ernährungspolitik für Deutschland

Sehr geehrte/r ...,

obwohl die Regale unserer Supermärkte voll sind, verschlechtert sich die Ernährungslage der Bevölkerung zusehends. Ernährungsbedingte Krankheiten nehmen stark zu, Ernährungskompetenz geht verloren. Übergewicht greift um sich, besonders bedenklich bei Kindern und Jugendlichen. Adipositas droht zur Volkskrankheit Nr. 1 zu werden, Diabetes folgt unmittelbar danach. Die mit ihnen verbundenen Folgen übersteigen mittlerweile die gesundheitlichen Schäden, die durch den Konsum von Alkohol, Drogen und Nikotin angerichtet werden. Das Gesundheitssystem droht von einer epidemischen Welle ernährungsbedingter Krankheiten überrollt zu werden. Ihre Kosten werden nach Rechnung der Weltbank zu massiven Belastungen der Volkswirtschaften führen.

Verantwortlich hierfür ist eine Ernährung, die zunehmend von industriell hoch verarbeiteten Produkten bestimmt wird. Die zu viel Zucker, Fett und Kalorien enthält und eine Vielzahl von gesundheitlich bedenklichen Zusatzstoffen. Und deren Angebot in den letzten drei Jahrzehnten gesunde, gering verarbeitete Lebensmittel immer stärker aus dem Speiseplan der Nation verdrängt.

Eine wirksame Antwort auf die zunehmende Fehlernährung hat die Politik bisher nicht gefunden. Die Reduktions- und Innovationsstrategie der Bundesregierung lässt die notwendige Kursanpassung hin zu einer ganzheitlichen Ernährung nicht erkennen. Im Gegenteil: Sie setzt auf eine Strategie des Austauschs. Zucker, Salz und Fette sollen durch Stoffe ersetzt werden, deren gesundheitliche Wirkung ungeklärt ist. Und die im Verdacht stehen, Fehlernährung nicht etwa zu verringern, sondern zu verstärken.

Der Trend zu fragwürdiger Ernährung wird verstärkt durch neue Austauschstoffe aus Bioreaktoren, die auf molekularer Ebene insbesondere tierisches Eiweiß ersetzen sollen. Sie bieten sich als Lösung für die Umweltprobleme der industriellen Tierhaltung an, lassen jedoch weitere gesundheitliche Risiken erwarten, weil sie sich in Zusammensetzung und

Herstellung immer weiter von dem entfernen, was entwicklungsgeschichtlich zu einer gesunden menschlichen Ernährung gehört.

Diese Zuspitzung der Lage erfordert eine angemessene politische Antwort, einschließlich der Gewährleistung sozialer Teilhabe an gesunder Ernährung. Im europäischen und internationalen Vergleich zählt Deutschland jedoch in Sachen verantwortlicher Ernährungspolitik zu den „Nachzüglern“, wie selbst der wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) in seinem Gutachten: „Politik für eine nachhaltigere Ernährung“ feststellt. Dieses politische Defizit erklärt sich nicht zuletzt durch die mangelnde Priorität, die die Ernährungspolitik im Landwirtschaftsministerium erfährt, wie auch durch die historisch gewachsene Nähe des Hauses zu den einschlägigen Industrien. Aus diesen Gründen berücksichtigt die bisherige Agrarpolitik des BMEL auch äußerst unzureichend, dass es eine gesunde Ernährung nur auf einem gesunden Planeten geben kann. Das bedrohliche Trilemma aus Klima-, Biodiversitäts- und Gesundheitskrise erfordert nun einen entschiedenen Kurswechsel hin zu einem holistischen Verständnis von Ernährung und zu einer neuen ernährungspolitischen Strategie.

Wenn zukunftsfähiger Ernährungspolitik in Deutschland ein größerer politischer Stellenwert eingeräumt werden soll, dann muss dafür eine administrative Umgebung gefunden werden, die sich der Gesundheit der Bürger sowie des gesamten Planeten mehr verpflichtet fühlt als der Förderung der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Aus diesem Grunde scheint uns ein unabhängiges Ressort „Ernährung“ in einer künftigen Regierung unverzichtbar.

Eine nachhaltige, integrierte Ernährungspolitik muss eine der Kernaufgaben der nächsten Legislatur werden. Wir, das Institut für Welternährung und Slow Food Deutschland, bitten Sie daher mit Nachdruck, als führendes Mitglied Ihrer Partei die Forderung nach einer nachhaltigen Neuausrichtung der Ernährungspolitik ganz oben auf Ihre politische Agenda für die kommende Bundestagswahl zu setzen.

In der Hoffnung auf Ihre Unterstützung unseres Anliegens
mit freundlichen Grüßen

Dr. Wilfried Bommert
Sprecher des Vorstandes
Institut für Welternährung e. V.
wilfried.bommert@institut-fuer-welternaehrung.org
+49-(0)173-9552544

Dr. Nina Wolff
Amtierende Vorsitzende
Slow Food Deutschland e. V.
nina.wolff@slowfood.de
+49-(0)170 81 27 346